

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.00. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anserte werden die 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 38.

Dresden, Sonnabend den 15. Februar 1913.

24. Jahrg.

Heute beginnt der Binnen-Schiffersstreik auf der Elbe und der Oder.

Im Landwirtschaftsrat machten die dort versammelten Junker gegen die freie Jugendbewegung mobil.

Auf einer Rühlheimer Grube wurden bei einem Unglück vier Bergleute getötet.

Die aus dem bulgarischen Lager vor Adrianopel gewendet, steht die Stadt in Flammen. Einer türkischen Truppenabteilung sei es gelungen, mit ihren Waffen zu entfliehen.

Nach russischen Meldungen verloren die Montenegriner in den Kämpfen der letzten Tage 5000 Mann.

Madero hat die mexikanische Präsidentschaft niedergelegt.

Zentrumschikanen.

Das Zentrum ist auf den Reichskanzler schlecht zu sprechen, weil er sich in der Jesuitenangelegenheit nach Meinung der schwarzen Herren nicht genügend dienstwillig gezeigt hat. Deshalb wird die Regierung vom Zentrum nach unten schikaniert, wie das bei den schwarzen Herren stets so stand. Hier wird ein Direktor, dort ein Reichsanwalt, da ein Marineattaché abgelehnt. In der Budgetkommission ist das Zentrum für die Verschwendung der Kaufgelder der Seemannsvereine eingetreten, obgleich der Herr v. Tschir mit seinem Rücktritt gedroht hat. Ob das Zentrum an seiner Stellungnahme festhalten wird, wird erst die Abstimmung zeigen, die am Dienstag erfolgen soll.

Wie sich unsere Abgeordneten zu dieser Zentrumsabstimmung stellen werden, ist ja klar. Hätte das Zentrum nach dem Vertrauensvotum, das dem Reichskanzler bei der Beratung der Polenpolitik erteilt worden ist, erklärt: Wir wollen alles tun, um dem Wunsch des Reichstags nachdruck zu verleihen, und alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um Herrn v. Bethmann-Hollweg das Verbleiben auf seinem Posten unmöglich zu machen, die Unterstützung der Sozialdemokratie wäre ihm sicher. Bei einem Kampf um eine Erweiterung der Macht des Reichstags hätte die Sozialdemokratie ihre Hilfe unter keinen Umständen verweigert. Aber die Kleinliche Partei des Zentrums mitzumachen hat natürlich die Sozialdemokratie keine Veranlassung. Sie läßt sich bei ihrer Entscheidung zu den einzelnen Fragen nur von rein sachlichen Gesichtspunkten leiten. So haben unsere Abgeordneten dem Zentrum verweigerten Direktorenposten für das Reichsamt des Innern bewilligt, den verlangten nächsten Reichsanwalt aber abgelehnt.

Was will das Zentrum mit seiner Abstimmungspolitik? Von verschiedenen Seiten wird die Frage aufgeworfen: Will das Zentrum wirklich eine Auflösung? So soll, übrigens nach einer Meldung der Vossischen Zeitung, auch Herr von Bethmann-Hollweg gefragt haben. Gewiß, das Zentrum hat in diesem Reichstag nicht die Stellung, die es gern haben möchte. Es kann zwar zusammen mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit bilden. Und das ist ihm an sich sicher nicht unangenehm. Unsere Partei stimmt ja in zahlreichen Fällen aus prinzipiellen Gründen gegen die Forderungen der Regierung. Und da hat das Zentrum oft Gelegenheit, sein Mitsprechen an der Regierung zu fühlen, indem es sich — freilich aus ganz anderen Gründen — der ablehnenden Stellungnahme unserer Vertreter anschließt. Aber das Zentrum verfährt im Reichstag nicht mit den Konventionen zusammen über eine sichere Mehrheit, die jederzeit in der Lage ist, auch die reaktionärsten Wünsche, die nur aus einer Notwendigkeit hervorgehen können, zu erfüllen. Und deswegen ist es begrifflich, daß sich die schwarzen Wölfe in diesem Reichstag nicht so recht wohl fühlen. Aber auch die Zentrumschikane dürfte sich klar darüber sein, daß die Herbeiführung einer Reichstagsauflösung ein sehr zweifelhaftes Experiment wäre. Sollte der nach der Auflösung gewählte Reichstag nach ihrem Geschmack sein, so müßten Ritter und Geißige der Sozialdemokratie und den Liberalen bei den Wahlen Mandate abnehmen. Ob aber das den reaktionären Parteien gelingen würde, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Sache umgekehrt verlaufen würde. Steht doch immer noch das Szepter der Besitztümer an politischem Horizont und das Volk weiß zu genau, daß Zentrum und Konservativen die Beschäfer der ärgsten Steuerdrückberger sind. Deshalb können diese Parteien kaum darauf rechnen, daß sie bei etwaigen Wahlen allzu gute Geschäfte machen. Das werden sich wohl auch die schlaunen Herren vom Zentrum sagen, und so erscheint es uns sehr zweifelhaft, ob sie es zu einer Reichstagsauflösung werden lassen. An Gründen, die die Haltung des Zentrums erklären, auch ohne daß man den Wunsch nach einer Reichstagsauflösung als Ursache seines Handelns anzunehmen braucht, fehlt es ja nicht. Vielleicht rechnen die Zentrumsleute darauf, daß eines schönen Tages der in Ungnade gefallene Bethmann die Sache fast bekommen und einem gefälligeren Mann auf dem Reichskanzlerposten Platz machen wird. Vielleicht wollen sie sich auch nur ein reichliches Lager von Handelsobjekten beschaffen, um bei passender Gelegenheit mal einen guten Kaufhandel abzuschließen zu können. Und kann's gleich sein.

Andererseits ist es auch nicht wahrscheinlich, daß sich die Regierung allzu leicht entschließen wird, den Reichstag aufzulösen. Darüber werden sich Bethmann und die Seinen klar sein, das Exempel von 1907 läßt sich nicht wiederholen. Das deutsche Volk hat inzwischen so mancherlei Erfahrungen gesammelt und dürfte sich nicht so leicht noch ein zweitesmal durch nationalpolitische Phrasengebimmel und Regierungsklammern hineinlegen lassen wie im Jahre 1907. Dazu kommt, daß ja eine konservative-liberale Paarung zurzeit vollkommen ausgeschlossen ist, da zwischen rechts und links im bürgerlichen Lager wegen der Deckungsfrage zu große Gegensätze liegen. Und der Sozialdemokratie würde es ja bei den Wahlen an einem guten Wahlparole nicht fehlen. Könnte sie doch mit der Lösung gegen die Vermögensmehrung und Steuerdrückberger in den Wahlkampf ziehen. Die Regierung wird sich daher wohl hüten, etwa wegen einer Vapallie wie im Jahre 1906 die Reichsboten auseinanderzusagen!

Es ist also nicht sehr wahrscheinlich, daß wir in Wäldern vor neuen Wahlen stehen werden. Kommt eine Reichstagsauflösung, nun gut. Die Sozialdemokratie ist jederzeit zum Kampf gerüstet. Aber wir haben keine Veranlassung, den Vorstößen des Zentrums gegen den Reichskanzler eine erhebliche Bedeutung beizumessen. Haben wir es doch zu oft erlebt, daß die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht so getan hat, als ob sie die Welt erobern wollte. Und nachher ist im günstigen Falle ein kümmerlicher Aufwind herausgekommen. Anders wird es wahrscheinlich diesmal auch nicht sein, und deshalb brauchen wir uns durch die Zentrumschikanen nicht im geringsten aus unserer Ruhe bringen zu lassen.

Deutschlands Niederlage im Orient.

Sp. Die deutschen Imperialisten sind wahrhaftig unverwundliche Optimisten. Die furchtbaren Schläge, die die Türkei erhalten hat, mühten doch selbst den harten Schädeln dieser imperialistischen Hartköpfe die Wahrheit einzuhaften, daß die zwanzigjährige imperialistische Arbeit Deutschlands im Orient verloren gegangen ist. Was bleibt aus dieser Arbeit, wenn die Türkei zugrunde geht? Aber die Imperialisten, und vor allem Herr Dr. G. Jaech, der kürzlich bei M. A. B. in München eine Schrift über „Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg“ veröffentlicht hat, glauben noch, die Türkei werde sich in Asien wieder aufrichten und dort ein kräftiger Staat werden. Weniger überzeugend als diese geschwähligte Schrift von Jaech hat selten ein ernst zu nehmender Politiker geschrieben. Kein wirklicher Beweis für seine phantastische Hoffnung, ja kein Wort über die Verhältnisse in der asiatischen Türkei!

Das einzige, was Jaech zur Begründung seiner Ansichten anführt, ist eine „Prophezie“ von dem Herr v. Goltz, der schon 1897 den Zusammenbruch der europäischen Türkei vorausgesagt und seine Hoffnungen auf die Wiedergeburt des türkischen Staates in Asien gesetzt hat. Der erste Teil dieser Voraussagung ist nun eingetroffen. Auf auch der zweite Teil sich bewahrheiten?

Der Zusammenbruch war wahrhaftig leicht vorauszu-sehen, nachdem die Türkei schon seit einem Jahrhundert von Englands Grabe lebte. Was gibt uns aber das Recht, zu glauben, daß der „ranke Mann“ Europas nach der letzten zweimaligen Amputation in Asien als ein Gesunder wiederherauskommen könne? Jaech führt eine eigenartige Geschichts-fiktion des Herrn von der Goltz an, die von diesem übrigens im ebenfalls kürzlich erschienenen asiatischen Jahrbuch wiederholt wird, um seine Hoffnungen auf eine Er-stärkung der Türkei zu unterstützen. Danach hätten alle Er-oberer der Türkei das von ihnen zuerst eingenommene Gebiet all-mählich aufgegeben und sich auf ein kleineres, ihrem Wesen mehr entsprechendes Gebiet zurückziehen müssen, wo sie erst einen Keim, aber kräftigen Kulturstaat bildeten. Angenommen, daß die Geschichte solche Beispiele kennt, sind denn geschichtliche Beispiele ein überzeugender Beweis? Wenn Frankreich sich in engeren Grenzen als denen, die Napoleon gezogen hat, entwickeln kann — läßt sich denn daraus der Schluß ziehen, daß auch die Türkei deshalb in Asien ent-wicklungsfähig ist?

Die Türken sind auch in Asien in einer geringen Minder-heit, haben dazu nicht das staatenbildende Element, den Handels- und Industrieland, herbeigeholt. Woher sollen sie die Kraft nehmen, um in Asien einen modernen Staat zu bilden? Dabei befinden sie sich in einer äußerst schwierigen Lage, wenn die Großmächte wie die ungarische Wölfe nach ihren asiatischen Besitzungen lauern. „Die asiatische Wiedergeburt“, meint Jaech, „wird möglich sein unter den drei Voraus-setzungen: 1. Daß die Großmächte der unstrittigen Türkei en-dlich Ruhe gönnen, und zwar besonders Rußland in Armenien, England in Arabien und Frankreich in Syrien; 2. Daß ein türkischer Militärdiktator die Hydra der inneren Zwietracht mit herkulischer Kraft erdrückt und erstickt; und 3. Daß die neu-schöpfene Beamte von Dissembelien Rationen beruht.“

Jaech bemerkt nicht, wie er selbst das Todesurteil der Türkei und damit auch der deutschen Orientpolitik ausspricht. Denn wenn die Türkei nicht einmal eigene zuverlässige Be-

amte hat, wie soll sie aus eigener Kraft einen Staat aufbauen? Was hilft da ein Hercules? Ununterbrochen kämpft die Türkei gegen die Hydra der inneren Zwietracht. Und mit welchem Resultat? Dabei weiß Jaech wohl sehr gut, daß die Araber Todfeinde der Türken sind und nach Selbständigkeit trachten, unterstützt von den Großmächten. Ist schließlich Jaech in der Zeit so naiv, zu glauben, daß die Großmächte der Geschwächten und zu Boden geworfenen Türkei endlich Ruhe gönnen werden?

Der deutsche Vorkämpfer in Konstantinopel, Freiherr von Wangenheim, erklärte dieser Tage: „Ohnefremde heute wie in der Zukunft wird jemand einen Finger an Anatolien legen können, wo wir Lebensinteressen haben.“

Worin diese „Lebensinteressen“ bestehen, werden wir bald sehen. Dieses stolze Wort erinnert aber unwillkürlich an ein anderes geflügeltes Wort von der Freundschaft des deutschen Kaisers zu den dreihundert Millionen Mohammedanern. Hat diese „Freundschaft“ die furchtbaren Leiden dieser Mohammedaner in Bagdadonien und Thrazien auch nur gemildert? Wäre es aber auch richtig, daß niemand der Türkei Anatolien nehmen wird, so sind doch damit die anderen Provinzen nicht gerettet. Oder betrachtet Wangenheim Syrien und Arabien schon als für die Türkei verloren? Werden sich auch in diesem Falle die „Götter“ der Türkei damit trösten, daß eine auf kleinsten beschränkte Türkei erst recht kräftig wird? Was bleibt aber dann von den Bagdadbahn-Plänen der Imperialisten?

Die Bedeutung der Bagdadbahn für Deutschland wurde vielfach vom Standpunkt der Kapitalanlage aus betrachtet. In dieser Hinsicht sieht Jaech die Dinge richtig, indem er darauf hinweist, daß mit dem Bahnbau die Industrie der Bagdadbahn der Wasserbauingenieur vordringt: „Die bal-tanisch-berberischen Länder sind fast reine Agrarstaaten, die gerade eine Reihe einiger für Deutschland besonders wichtiger und notwendiger Roh-produkte liefern können“, in erster Linie Baumwolle und Getreide.

Nicht als Kapitalanlage, sondern als Mittel zur Be-schaffung eines Absatzmarktes und zur Ausbeutung der asia-tischen Naturkräfte bekommt die Bagdadbahn wirtschaftliche Bedeutung. Darin kann nur ein Mensch „Lebensinteressen“ Deutschlands sehen, der im hohen Kapitalprofil und in der Neute der Grundlagen des deutschen Reiches erblickt. Wie sich die Zukunft der Türkei auch gestalten mag — die deutsche In-dustrie wird in Anatolien und Syrien einen Absatz finden können. Was aber durch den Balkankrieg vereitelt wurde, ist der rein imperialistische Zweck der Bagdadbahn: die mili-taristische Stärkung der Türkei, um sie gegen England ver-wenden zu können. Jaech spricht nicht mehr davon, und dieses bedeutungslos Schweigen des geschwähligten Imperialisten befindet besser als das ganze Getrebe, das sein Schriftchen er-füllt, den Bankrott des deutschen Imperialismus, der seit 20 Jahren darauf hinarbeitet, sich in der Türkei ein vierdes oder fünftes Bundesglied zu schaffen, das besonders im Kampfe gegen England wertvoll werden könnte. Und diesen Bankrott der zwanzigjährigen Politik gibt jetzt auch die Re-gierung zu, die nun auf ein Flottenabkommen mit England hinarbeitet, was Jaech noch utopisch findet.

Rasch, sehr rasch wurde aus der „Wirklichkeit“ der deutschen Imperialisten eine Utopie, und aus dem, was sie „Utopien“ nannten, eine Wirklichkeit. Wer den Hochmut und Jaech und wie sie alle helfen auf Wort geglaubt und deren Wank als Tendenzen der deutschen Politik betrachtet hat, der wird sich hoffentlich durch die neuesten Tatsachen belehrt fühlen. Mit dem türkischen Zusammenbruch bricht für Deutschland die einzige Möglichkeit, England zu Lande anzugreifen, zusammen. Es bleibt also nichts übrig, als eine Verständigung mit Eng-land zu suchen, eine Verständigung, die allein imstande ist, das „größte Kulturverbrechen“ Deutschlands, die Bagdadbahn, zu sichern. Nicht gegen, sondern nur mit England kann sie durchgeführt werden. Und selbst Jaech scheint nach seinen letzten Artikeln in der Hilfe das schließlich einzusehen. Der „Sieg“ der deutschen Diplomatie, die Bagdadbahn, ist zu einer doppelten Nieder-lage geworden: eine für die Türkei und eine für den deutschen Imperialismus.

Deutsches Reich.

Der Postetat vor dem Reichstage.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hat gestern zu der von der Budgetkommission vorgenommenen Erhöhung einiger Etatsartikel die prinzipielle Stellungnahme der Regierung dargelegt. Er hatte die merkwürdige Erklärung abgegeben, daß dem Reichstag das Recht bestritten werden müsse, aus eigenem die Ausgaben zu erhöhen. Diesem müsse die Re-gierung ausdrücklich zustimmen, und er hatte deshalb auch wohlwollend und gutmeinend die Annahme einer Resolution empfohlen. Würde eine derartige Anschauung Wirksamkeit erlangen, so müßten sich tatsächlich auffallend staatsrechtliche Konsequenzen ergeben. Selbstverständlich wird der Reichs-tag sich mit aller Kraft gegen eine solche eigenmächtige Inter-pretation wehren, die faktisch sein Budgetrecht vernichten würde.

Die Liga der Rentierfanten

Ständchen im Reichstag

Die Vorkämpfer im Reichstag

Die Vorkämpfer im Reichstag

Die Vorkämpfer im Reichstag